

Frau Reinicke ((Straßenbau)
Herr Krampitz (Stadterneuerung)
Herr Weiberlenn (Bereich Schule)
Herr Dr. Baatz (Stadtkontor Babelsberg)
Herr Bernhard Marcuxe (GF Hausverwaltung Liegenschaft und Siedlung GmbH)
Herr Kulka (Apotheker Eckgebäude R.-Breitscheid-Str.)
Herr Cornelius (Handelsverband Berlin-Brandenburg)
Herr Ziehm (Investor)
Herr Kirsch (Investor)
Herr Schmidt (Architekturbüro Schmidt und Partner)
Herr Prof. Dr. Bargheer (Eigentümergeinschaft Ruinenbergkaserne)
Herr Jeglitza (Eigentümergeinschaft Ruinenbergkaserne)
Frau Bankwitz (BürgerBündnis)
Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung)

Niederschrift:
Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes SAN B-06 (Block 16) (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0229
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Bebauungspläne in Grube
Vorlage: 10/SVV/0257
Gruppe BürgerBündnis
auch OBR Grube
 - 3.3 Bebauungsplan Nr. 129 "Erweiterung des Wissenschaftsparks Golm", Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Baulandumlegung
Vorlage: 10/SVV/0356
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
auch OBR Golm
 - 3.4 Errichtung und Betreuung eines Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg
Vorlage: 10/SVV/0357
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
Frau Petermann, Tel. 32 37
 - 3.5 Prüfergebnis der Bürgerhaushaltsvorschläge zu Radwegen
Vorlage: 10/SVV/0369
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Information zur Straßeninstandsetzung Karl-Marx-Straße/ Hiroshima-Platz (Wiedervorlage)

- FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.2 Information über das Gespräch mit den Vertretern der Oberlin Diakonie-Werkstätten (durch den Ausschussvorsitzenden, Herr Kutzmutz)
- 4.3 Bebauungsplan Ruinenbergkaserne Schreiben der Eigentümergemeinschaft Ruinenbergkaserne zu geplanten Neubauten auf dem Areal (auf Bitte von Herrn Kümmel, Fraktion SPD)
- 4.4 Information zur Thematik Schulwegsicherung (auf Bitte von Frau Beyer, Behindertenbeirat)
- 4.5 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 15.04. bis 28.04.2010
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.6 Bericht zum aktuellen Stand Bürgerbahnhof
- 4.7 Bericht zum Baubeginn Mangerstraße
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 27.04.2010 informiert Herr Goetzmann, dass ein Fehler beim Eintrag des Abstimmungsergebnisses zum Antrag Zurückstellung der Vorlage Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses SAN B 06 (DS 10/SVV/0229) erfolgt ist. Es gab nicht 3 Enthaltungen, sondern 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Herr Teuteberg macht aufmerksam, dass nicht Herr Pfrogner diesen Antrag gestellt habe, sondern er selbst.

Ebenfalls teilt Herr Teuteberg mit, dass in der Anwesenheit bei ihm und bei Frau Wendeler die Fraktion falsch benannt sei (Tipp-Fehler) und bittet um Korrektur.

Frau Hüneke greift den TOP Straßeninstandsetzung Karl-Marx-Str./Hiroshima-Platz auf. Hier sei im Protokoll wiedergegeben worden, dass sich der SB-Ausschuss im Rahmen einer Ortsbesichtigung über den Zustand des Straßenabschnittes informieren sollte. Gemeint war jedoch, dass die Möglichkeit für die Ausschussmitglieder bestünde sich zu informieren.

Die Niederschrift wird mit den vorgenannten Änderungen mit 7 Ja-Stimmen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es die Bitte von Frau Hüneke um Erweiterung der Tagesordnung. Sie bittet die Verwaltung um Information zum aktuellen Stand Bürgerbahnhof sowie um Mitteilung zum Baubeginn Mangerstraße.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dies neu als Punkte 4.6 und 4.7 einzuordnen.

Weiterhin informiert der Ausschussvorsitzende über diverse Anträge auf Rederecht, dies sind:

Zum TOP 3.1 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des B-Planes SAN B-06 (Block 16)

von Herrn Bernhard Marcuse (GF der Hausverwaltung Liegenschaft und Siedlung GmbH)

Antrag auf Rederecht – Nutzung nur bei Bedarf!

von Herrn Kulka, Apotheker Eckgebäude R.-Breitscheid-Str.

von Herrn Cornelius, als Mitglied des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg

von Herrn Hanno Ziehm als Investor

von Herrn Wolfhardt Kirsch als Investor

zum TOP 4.3 "Ruinenbergkaserne"

von Herrn Kümmel für Kilian Frühauf, Prof. Dr. Matias Bargheer und Matthias Jeglitza von der Eigentümergemeinschaft

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung zur ergänzten Tagesordnung und der Gewährung der Rederechte.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes SAN B-06 (Block 16) (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0229

Fraktion DIE LINKE

Die Behandlung des Antrages ist aus der vergangenen Sitzung vertagt worden.

Das Rederecht nehmen Herr Marcuse (Hausverwaltung Liegenschaft und Siedlung GmbH), Herr Kulka (Apotheker Eckgebäude R.-Breitsch.-Str.), Herr Cornelius (Handelsverband Berlin-Brandenburg) Herr Ziehm (Investor) wahr. Sie sprechen sich gegen die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses aus:

- Interesse der Erbgemeinschaft zur Entwicklung des Standortes
- Bereitschaft zu investieren
- Zielstellung Einzelhandel mit Flächen von 300 bis max. 1000 m²
- soll keinen Anreiz für zusätzlichen Verkehr schaffen
- bestehender Bebauungsplan wird unterstützt
- Förderung von Babelsberg steht im Vordergrund
- Appell v. Handelsverband Berlin-Brandenburg, IHK Potsdam, AG Innenstadt Potsdam e.V. und Aktionsgemeinschaft Babelsberg e.V. zur positiven Entwicklung des Zentrums von Babelsberg auch als Handels- und

Dienstleistungsstandort unter Berücksichtigung des Einzelhandelskonzeptes (sh. auch ausgereichte Tischvorlage)

- Investorenseite hält Projekt für realistisch; bedauert dass noch kein Gespräch mit der Sparkasse zustande gekommen ist.

Herr Kirsch (als Investor) begründet nochmals, weshalb er eine Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für erforderlich hält. Er habe das Objekt von der Sparkasse erworben und verweist auf ein Schreiben von der Sparkasse mit der Zusage zur Nutzung des Erdgeschosses. Ebenso verweist er auf ein Gespräch mit dem Baubeigeordneten, Herrn Klipp, im Januar 2010 und bedauert, dass er weder von der Verwaltung noch bei Stadtkontor Einsicht in die Zahlen bekommen habe. Er habe das Haus erworben und weiterverkauft und in Vereinbarung mit der Sparkasse wäre es ausreichend, wenn das Haus dieses oder nächstes Jahr fertig werden würde.

Herr Teuteberg stellt fest, dass im SB-Ausschuss beide Projekte vorgestellt worden sind, beide scheinen realistisch. Heute müsse die Abstimmung erfolgen, ob ein bereits laufendes Bauleitplanverfahren angehalten und rückgängig gemacht werden soll. Er empfiehlt an der begonnenen Bauleitplanung festzuhalten und den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Frau Hüneke spricht sich für ihre Fraktion ebenfalls dafür aus, den Antrag abzulehnen und verweist auf das Einzelhandelskonzept und die Stärkung des Gebietes.

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) informiert bzgl. der Frage der Genehmigungsfähigkeit, dass es sich um ein Sanierungsgebiet handelt. Der Aufstellungsbeschluss konkretisiert die Sanierungsziele und bildet die Grundlage für die sanierungsrechtlichen Entscheidungen. Beim Sanierungsgebiet gibt es das Instrument der Zurückstellung (§ 15 BauGB) nicht.

Wenn Bauvorhaben den Sanierungszielen nicht folgen, wesentlich erschweren oder den Zielen und Zwecken der Sanierung zuwiderlaufen, sind diese abzulehnen (§ 145 BauGB). Das ist im Falle des Vorhabens von Herrn Kirsch erfolgt.

Herr Goetzmann ergänzt, dass das Widerspruchsverfahren läuft. Im Falle einer Aufhebung der Sanierungsziele sind diese auch nicht mehr als entscheidungsrelevant anzusehen.

Herr Kirsch betont nochmals, dass es einen rechtsgültigen Kaufvertrag gebe. Die Eigentümer vertrauen darauf und wollen den Steuervorteil dieses Jahr nutzen.

Herr Lehmann erinnert an die Beratung im letzten SB- und Hauptausschuss. Er erwarte konkrete Zusagen; keine Meinungsäußerungen. Im Moment sind für ihn keine neuen Erkenntnisse feststellbar.

Herr Dr. Seidel spricht die Frage der Erschließung an und erkundigt sich nach der aktenkundig vorliegenden denkmalrechtlichen Zulässigkeit einer Durchwegung

der Post.

Die heute geäußerten „Aussagen der Investoren sind so einzuschätzen, dass es Eigentümer gibt, die willens sind, bei diesem Projekt mitzuziehen.“
Seine Fraktion spricht sich für eine Ablehnung des Antrages aus.

Herr Kutzmutz greift verschiedene Äußerungen auf und berichtet, dass der Aufstellungsbeschluss ohne vorherige Beteiligung des SB-Ausschusses erfolgt ist. Im Moment sehe er keinen Beitrag für eine Belebung des Einzelhandels. In seiner Fraktion wurden nochmals beide Projekte angehört und ausführlich diskutiert. Herr Kutzmutz ist nicht von dem vorgelegten Konzept überzeugt.

Herr Jäkel stellt dar, dass an diesem Standort ein großflächiger Einzelhandel nicht durchführbar sei. Die Eigentumsverhältnisse sind zu beachten; ein umsetzbares Projekt wurde vorgestellt; das andere sei Vision. Deshalb halte er ein Festhalten am Aufstellungsbeschluss nicht für sinnvoll.

Herr Pfrogner nimmt Bezug auf den Hinweis von Herrn Kutzmutz, dass die sofortige Beschlussfassung sicher zur Sicherung der Sanierungsziele diene. Details sind im Bauleitplanverfahren zu klären unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Für ihn stellen sich die Fragen, welche Konsequenzen bei der Beibehaltung des B-Planes für die Entwicklung des Standortes entstehen und ob es von beiden Seiten ggf. die Bereitschaft zur strategischen Entwicklung des Standortes gebe.

Herr Dr. Seidel stellt den GO-Antrag auf Schließen der Rednerliste. Abstimmung: 7/0/0.

Der Ausschussvorsitzende informiert, wer sich gegenwärtig noch auf der Rednerliste befindet.

Herr Dr. Baatz (Stadtkontor) geht erläuternd auf die Gesamtentwicklung in Babelsberg ein. Er informiert, dass die Sparkasse über diese Ziele der Stadt ausdrücklich informiert worden ist. Die Sparkasse sei bewusst das Risiko eingegangen und hat ein Rücktrittsrecht veranschlagt.
Hier bietet sich eine letzte Chance im Altbaubereich v. Babelsberg die Stärkung des Wohngebiets voranzubringen. Herr Dr. Baatz plädiert deshalb dafür, die Ziele des Sanierungsgebietes zu verfolgen. Bzgl. der Größenordnungen sollte es Flächenangebote von 300 – 400 m² geben (integrierte Entwicklung von Post und Sparkasse; keine Verdrängung der Sparkasse).
Das Interesse mehrerer Investoren liege vor.

Herr Kümmel wird den Antrag ablehnen. Die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens sollte als Option gesehen werden.

Frau Bankwitz (BürgerBündnis) gibt zu bedenken, dass die Entwicklung des Einzelhandels nicht boomt. Auch die Frage der Parkplätze sei zu überdenken.

Herr Teuteberg macht aufmerksam, dass über die Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt Potsdam und Babelsberg regelmäßig im SB- und Hauptausschuss berichtet wird. Es gehe nicht nur um das Einzelhandelskonzept sondern auch um die Leitlinien/Ziele für die Stadt. Er regt an direkt am Konzept anzusetzen und nicht Änderungen am Konzept über Umwege herbeizuführen. Herr Teuteberg bringt zum Ausdruck, dass die Aufhebung des STVV-Beschlusses Signalwirkung erzeugen könnte. Beschlüsse der STVV sollten ernst genommen werden. Seines Erachtens bestehe eine ganz reale Chance, den Bebauungsplan umzusetzen. Die Erwartungen sind groß. Die verschiedenen Positionen sind aufgrund des Antrages der Fraktion DIE LINKE mehrmals diskutiert worden.

Herr Graumann greift nochmals den Gegenstand des Antrages auf. Die konzeptionellen Überlegungen, die Herr Schmidt vorgestellt hat, beruhen auf Abstimmungen mit Investoren zur möglichen Umsetzung. Bzgl. der Stellplätze zielt das Konzept auf Laufkundschaft. Bei einer Größenordnung von 300 – 400 m² würden gezielt Einkäufer in Babelsberg angesprochen. Ca. 30 Stellplätze wird es an der Stelle geben können. Die Stadt habe die Planungshoheit. Das Bebauungsplanverfahren ist dazu geeignet offene Fragen zu klären und vorliegende Konzepte zu vertiefen.

Herr Jäkel spricht das Thema Schadenersatzforderungen an.

Zur Frage der Wirtschaftlichkeitsberechnung, äußert Herr Schmidt (Architekturbüro Schmidt und Partner), dass von einer Gewerbemiete von ca. 9 – 12 € m² gerechnet wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan SAN B – 06 (Block 16) nach DS 09/SVV/0854 vom 17.09.2009 ist aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

zu 3.2 **Bebauungspläne in Grube**

Vorlage: 10/SVV/0257

Gruppe BürgerBündnis
auch OBR Grube

Der Antrag ist in der vergangenen Ausschusssitzung vertagt worden, um die Beratung im Ortsbeirat abzuwarten.

Herr Goetzmann teilt mit, dass die Thematik im OBR Grube ausführlich erörtert und im Ergebnis zur Beschlussfassung empfohlen worden ist. Zusätzlich hat der

OBR die Beschlussempfehlung wortgleich durch den OBR übernommen.

Herr Goetzmann gibt anhand eines Planes nähere Erläuterungen zu den Möglichkeiten und nimmt Bezug auf eine Einschätzung der Verwaltung aus dem Jahr 2008 zu den maximalen Nutzungsmöglichkeiten. Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass dies in das Verwaltungshandeln einfließt, auch ohne zusätzliche Beschlussfassung.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die im Eingliederungsvertrag von 1993 für Grube beschlossenen Bebauungspläne, wie den „Am Küssel“, wieder aktiviert werden können bzw. das Gebiet in eine Innenbereichssatzung umgewandelt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 129 "Erweiterung des Wissenschaftsparks Golm", Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Baulandumlegung

Vorlage: 10/SVV/0356

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
auch OBR Golm

Herr Goetzmann bringt die Vorlage mit Hinweis auf die parallel durchzuführende Umlegung ein.

Herr Dr. Seidel stellt folgenden Änderungsantrag:

1. Im Beschlusstext sind die Punkte 3. und 4. zu streichen. Über die Anordnung einer Baulandumlegung ist separat, jedoch frühestens mit dem Auslegungsbeschluss des B-Planes zu entscheiden,
2. Auf Seite 2 der Begründung ist der 2. Absatz „Im weiteren Verfahren ist die Aufhebung ... (OT Golm) zu prüfen, zu ersetzen durch:
Im weiteren Verfahren sind:
 - die verträgliche Abgrenzung zur beabsichtigten Wohnbebauung östlich des Plangebietes zu untersuchen
 - in diesem Zusammenhang die Festsetzung der östlichen Grenze des räumlichen Geltungsbereiches zu überprüfen,
 - der weitere Umgang mit dem im Verfahren befindlichen B-Plan Nr. 09/96 BA 2 „Großer Plan Am Herzberg BA 2“ (OT Golm) zu klären.

Herr Dr. Seidel macht deutlich, dass über die Umlegung erst nachgedacht werden sollte, wenn die Grundrichtung erkennbar ist. Deshalb schlägt er vor, die Umlegung vom Bebauungsplanverfahren zu entkoppeln.

Herr Kutzmutz als Mitglied des Umlegungsausschusses hält es ebenfalls für besser, die Veränderung des Geltungsbereiches erst darauf zu legen, wo schon etwas – ohne Umlegung - gemacht werden kann.

Herr Teuteberg verlässt die Sitzung.

Herr Goetzmann äußert, dass Kritik hinsichtlich des Satzes in der Begründung berechtigt sei und eine Umformulierung sachgerecht wäre. Problematisch sieht er den 2. Anstrich des Änderungsantrages. Er macht deutlich, dass die Präferenz auf der Weiterentwicklung des Wissenschaftsparkes liege, so dass das Gewicht auf die Erweiterung des Wissenschaftsparkes in den Vordergrund zu stellen ist. Hinsichtlich der Umlegung spricht Herr Goetzmann gute Erfahrungen bei der parallelen Durchführung Bebauungsplanverfahren und Umlegung aus seiner früheren Tätigkeit an. Der Vorteil eines Umlegungsverfahrens ist, dass der Ausgleich zwischen den Beteiligten geschaffen wird.

Als Beispiel für eine gute Entwicklung führt er den Bereich Drewitz an der Trebbiner Straße an und wirbt nochmals ausdrücklich für die Verkoppelung der Verfahren.

Herr Jäkel trägt den Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel mit.

Herr Dr. Seidel nimmt die Informationen auf und streicht in seinem Antrag die Worte „jedoch frühestens mit dem Auslegungsbeschluss des B-Plans“.

Er spricht sich nochmals dafür aus, dass der Aufstellungsbeschluss nicht mit der Umlegung belastet werden sollte. Keinen Widerspruch sieht er, dass das Primat bei der Erweiterung des Wissenschaftsparkes liege. Sein Antrag bezieht sich darauf, nur die östliche Grenze mit der Wohngebietsplanung abzugleichen.

Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Dr. Seidel: 6/0/0

Der entsprechend geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 129 „Erweiterung des Wissenschaftsparkes Golm“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (siehe auch Anlage 1).
2. Das Planverfahren ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 2).
- ~~3. Für diesen Bebauungsplan wird nach § 46 Abs. 1 i.V.m. § 45 BauGB eine Baulandumlegung angeordnet (siehe auch Anlage 3). Die Lage ergibt sich aus der beigefügten Karte (Anlage 1).~~

~~4. Der Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, die Umlegung durch Beschluss nach § 47 BauGB einzuleiten und das Umlengungsverfahren durchzuführen.~~

Auf Seite 2 der Begründung ist der 2. Absatz „Im weiteren Verfahren ist die Aufhebung ... (OT Golm) zu prüfen, zu ersetzen durch:

Im weiteren Verfahren sind:

- **die verträgliche Abgrenzung zur beabsichtigten Wohnbebauung östlich des Plangebietes zu untersuchen**
- **in diesem Zusammenhang die Festsetzung der östlichen Grenze des räumlichen Geltungsbereiches zu überprüfen,**
- **der weitere Umgang mit dem im Verfahren befindlichen B-Plan Nr. 09/96 BA 2 „Großer Plan Am Herzberg BA 2“ (OT Golm) zu klären.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.4 Errichtung und Betreibung eines Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg

Vorlage: 10/SVV/0357

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) bringt den Antrag ein.

Herr Kümmel nimmt Bezug auf die finanziellen Auswirkungen und hinterfragt diese.

Herr Graumann gibt das Wort an Herrn Dr. Baatz (Stadtkontor).

Herr Dr. Baatz informiert über die drei Finanzierungsbausteine:

Gesamtkosten (nach derzeitiger Schätzung) rd. 2,4 Mio. EUR (o. MwSt.)

1. Das zur Umsetzung des Konzepts benötigte Grundstück wird aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg zweckgebunden in das Vermögen der TGZP übertragen.
2. Die nicht rentierlichen Kosten des Projektes - bis zu 1,2 Mio. EUR - werden aus Einnahmen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg finanziert. Zu diesem Vorgehen liegt die Zustimmung des Landes (MIL) vor.
3. Die rentierlichen Kosten in Höhe von ca. 1,2 Mio. EUR sowie die Nebenkosten und eventuelle Mehrkosten werden durch die TGZP kreditfinanziert.

Auf Nachfrage von Herrn Kümmel informiert Herr Dr. Baatz, dass die Finanzierung der Errichtung und der Betreibung eines Handwerker- und Gewerbehofes im Entwicklungsbereich Babelsberg unter Nutzung des Treuhandvermögens der

Entwicklungsmaßnahme erfolgt und auf den genannten Finanzierungsbausteinen beruht.

Das im Treuhandvermögen befindliche Grundstück wird dabei zum Neuordnungswert zweckgebunden an die TGZP übertragen. Da die TGZP eine 100 %ige Tochter der Stadt ist, wird das Grundstück damit indirekt Bestandteil des Vermögens der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) informiert über den dramatischen Rückgang des produzierenden Gewerbes. Hier gebe es dringenden Bedarf; mit diesem Vorhaben bestehe eine Realisierungschance.

Herr Schütt hinterfragt die Studie aus dem Jahr 2003 und greift die Formulierung „außerordentlich erfolgreichen...“ in der Vorlage auf. Er hätte sich gewünscht, wenn der Betreiber, Herr Schramm, das Vorhaben vorgestellt hätte und stellt den Antrag auf Vertagung der Vorlage.

Herr Dr. Seidel spricht gegen den Antrag von Herrn Schütt.

Dafür spricht niemand.

Abstimmung des Antrages auf Vertagung: 1/3/2

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Errichtung und Betreibung des Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg durch die Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP) wird zugestimmt.
2. Der Handwerker- und Gewerbehof wird auf dem Grundstück der Gemarkung Babelsberg, Flur 10, Flurstück 825 (8.732 m²) errichtet. Das Grundstück ist Teil des vom Entwicklungsträger Stadtkontor GmbH bewirtschafteten Treuhandvermögens der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg, es wird mit einem Neuordnungswert i. H. v. 610.000,00 EUR an die TGZP als Sacheinlage übertragen und in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

**zu 3.5 Prüfergebnis der Bürgerhaushaltsvorschläge zu Radwegen
Vorlage: 10/SVV/0369**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Kümmel kündigt an, dass seine Fraktion einen Antrag bzgl. des in der Vorla-

ge angesprochenen Workshops stellen wird. Seines Erachtens könnte dieser eingespart werden.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 10/SVV/0369 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information zur Straßeninstandsetzung Karl-Marx-Straße/ Hiroshima-Platz (Wiedervorlage)

FB Grün- und Verkehrsflächen

Diese Thematik ist bereits in der vergangenen Sitzung angesprochen worden. Frau Reinicke (Verkehrsanlagen informiert zu den Leitungsverlegungen Karl-Marx-Straße / Hiroshima-Platz und geht anhand von Fotos auf die gegenwärtige Situation ein (Präsentation - sh. Anlage).

Frau Reinicke macht aufmerksam, dass es sich hier um 80 m Straße handelt, im Moment in Granitkleinsteinpflaster in Beton verlegt. Der Zustand ist außerordentlich schlecht. Über die verschiedenen Varianten zum Deckenschluss nach Leitungsverlegung wird informiert. Die Verwaltung spricht sich als Vorzugsvariante für die Wiederherstellung in Asphalt im Fahrbahnbereich aus; Parkbuchten bleiben erhalten; keine Kosten für die Stadt.

Frau Hüneke berichtet, dass die kleine Arbeitsgruppe, die bereits im Vorfeld des SB-Ausschuss zusammen kommt, sich auf die für die Stadt kostenneutrale Variante Asphalt geeinigt habe.

Herr Lehmann steht dem positiv gegenüber und bestätigt den schlechten Zustand. Die Parktaschen zu den Häusern hin, sollten mit in die Planung einbezogen werden.

Auf kurze Rückfragen der Teilnehmer geht Frau Reinicke ein.

zu 4.2 Information über das Gespräch mit den Vertretern der Oberlin Diakonie-Werkstätten (durch den Ausschussvorsitzenden, Herr Kutzmutz)

Herr Kutzmutz informiert über das Ergebnis des am 28.4.2010 geführten Gespräches mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam, Vertretern der Oberlin Diakonie-Werkstätten Hermannswerder sowie Schülervertretern des Gymnasiums Hermannswerder.

Im gegenseitigen Einvernehmen wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- Der ViP prüft, ob bei den Abfahrtszeiten am Nachmittag der 2. eingesetzte Bus als „Durchläufer“ in Richtung Hauptbahnhof fahren kann. Damit würde seine Attraktivität für die Fahrgäste erhöht und die Aufteilung der Fahrgäste auf beide Busse würde sich verbessern.
- Herr Weis (GF ViP) sichert zu, dass bis Ende Mai bei allen übernommenen Bussen die Rampen ausgetauscht bzw. repariert sind, so dass deren Einsatzfähigkeit gewährleistet wird.
- Herr Weis sichert zu, dass bei Erhöhung der Anzahl der Gelenkbusse (nach Möglichkeit Volvo Gelenkbusse) diese schwerpunktmäßig auf sol-

- chen Strecken wie Potsdam-Hermannswerder eingesetzt werden.
- Es wird gesichert, dass ab Ende Mai bei der Abfahrt am Rathaus (8.02 Uhr) ein Gelenkbus eingesetzt wird.
- Um den verkehrstechnischen Ablauf (Ringschluss) zu optimieren, sollte durch die Stadt an der Zufahrt nach Hermannswerder eine Ampelanlage eingerichtet werden (Auftrag an die Verwaltung).
- Die Busfahrer werden in regelmäßigen Abständen auf die Einhaltung ihrer Pflichten und auf fahrgastfreundliches Verhalten hingewiesen.
- Bei allen Beteiligten (Gymnasium, Werkstätten) wird auf ein gutes Miteinander geachtet. Das Angebot zum Einsatz von Schülerbusbegleitern (Ausbildung durch ViP) wird durch den Schülervertreter an die Schulleitung des Gymnasiums herangetragen.
- Die Leitungen des Gymnasiums und der Diakonie-Werkstätten werden gebeten, zu prüfen, ob durch eine bessere Abstimmung der Schul- und Ausbildungszeiten (Beginn, Ende) eine Entlastung auf den genutzten Linien erreicht werden kann.
- Der ViP wird die Anzahl der vorhandenen „Verspätungskärtchen“ so erhöhen, dass sie den Schülern – bei Verspätungen – auch zur Verfügung gestellt werden können.

Auf kurze Nachfragen geht Herr Kutzmutz ein.

zu 4.3 Bebauungsplan Ruinenbergkaserne Schreiben der Eigentümergemeinschaft Ruinenbergkaserne zu geplanten Neubauten auf dem Areal (auf Bitte von Herrn Kümmel, Fraktion SPD)

Hier gibt es den Antrag auf Rederecht für die Herren Jeglitza und Prof. Dr. Bargheer.

Herr Jeglitza nimmt Bezug auf das Schrb. zur Nachbesserung des Bebauungsplanes (sh. Tischvorlage). Er macht aufmerksam, dass das Projekt „KUBOX“, so wie es geplant ist, architektonisch nicht in das vorhandene Ensemble hineinpassen würde. Er betont zugleich, dass das gesamte Areal denkmalgeschützt sei und bittet um anspruchsvolle Ergänzung.

Herr Prof. Dr. Bargheer geht am Modell auf das Vorhaben erläuternd ein. Er halte die Abstandsflächen für zu gering (Sonneneinfall) ; diese sollten nochmals geprüft werden. Auch die zu erwartende Parksituation sei problematisch. Er bittet um Abschwächung der Extremstbebauung und Anpassung der Architektur. Zugleich signalisiert er Bereitschaft mit dem Bauträger, der Verwaltung und dem Denkmalschutz in den Dialog zu treten, um ein besseres Projekt zu erarbeiten.

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) teilt mit, dass sich das Vorhaben räumlich in der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld, konkret Ruinenbergkaserne, befindet. Ziel ist u.a. die Entwicklung von Wohnen. Bei dem angesprochenen Vorhaben bleibt die Geschossigkeit hinter der historischen Bebauung zurück. Es gab vielfältige Abstimmungen mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Unteren Denkmalpflege und dem Landesdenkmalamt. Im Ergebnis kam zum Ausdruck, dass es ausdrücklicher Wille gewesen sei, dieses Konzept so umzusetzen.

Herr Krampitz (Stadterneuerung) informiert, dass hier 2-3 Zi.-Wohnungen (280 – 690 €) entstehen. Die Baugenehmigung wird demnächst ausgesprochen werden. Auf Nachfrage bestätigt Herr Krampitz nochmals, dass sich die Denkmalbehörden mit diesem Bauvorhaben befasst haben.

Herr Kümmel äußert, dass es nicht um eine generelle Verhinderung gehe; sondern eher um Einpassung. Er bittet um Info, wann der B-Plan vorgelegt wird.

Herr Lehmann erkundigt sich nach GRZ und GFZ.

Die Verwaltung wird entsprechend dem geäußerten Wunsch, die Stellungnahmen des Landesdenkmalamtes und der Unteren Denkmalbehörde dem Protokoll als Anlage beifügen. Die Fertigstellung des B-Planes wird voraussichtlich zum Ende des Jahres vorliegen. Im Moment erfolgen noch Überlegungen hinsichtlich des Artenschutzes.

Auf kurze Nachfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Krampitz ein.

Herr Goetzmann teilt mit, dass es nach Erteilung der entwicklungsrechtlichen Genehmigung keine Möglichkeit gebe, die Baugenehmigung zu versagen. Die Schadenersatzforderungen wären dann Ansprüche.

Herr Prof. Bargheer spricht nochmals kurz die für ihn unverständlichen Vorgaben zu möglichen Pflanzungen an den historischen Gebäuden an.

zu 4.4 Information zur Thematik Schulwegsicherung (auf Bitte von Frau Beyer, Behindertenbeirat)

Herr Weiberlenn (Bereich Schule) informiert, dass das Schulwegsicherungskonzept eine Pflichtaufgabe der Kommune sei. Das Konzept ist 2009 erarbeitet worden. Ausgangspunkt waren Untersuchungen aus dem Bereich Straßenverkehr. Die Schlussfolgerungen wurden zusammen geführt mit dem FB Schule und Sport, der sonderpädagogischen Beratungsstelle von Potsdam und dem FB Grün- und Verkehrsflächen. Maßnahmen wurden abgestimmt und für jeden Schulstandort zusammen gefasst. 10 von 38 städtischen Schulen sind barrierefrei. Zudem verweist Herr Weiberlenn darauf, dass es eine Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Potsdam gibt, die die kostenlose Schülerbeförderung (wenn sonderpädagogisch Beförderungsbedarf festgestellt wird) beinhaltet. Das gefahrlose Aus- und Einsteigen am Fahrzeug d. entsprechend Verkehrsunternehmen ist gesichert.

Herr Weiberlenn teilt mit, dass der FB Schule und Sport offen für konkrete Hinweise sei und bittet bei auftretenden Problemen oder Fragen um direkte Kontaktaufnahme.

Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass in der Zukunft weniger die Wege zur Schule (aufgrund des Beförderungsanspruches) zu beachten sind, als vielmehr die barrierefreie Gestaltung der Schule und des Schulgrundstückes. Dies sei je-

doch nicht Inhalt des Schulwegsicherungskonzeptes.

zu 4.5 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 15.04. bis 28.04.2010

FB Stadtplanung und Bauordnung

Nachfragen zur Liste der vergangenen Sitzung hat es nicht gegeben. Zur Aufstellung vom 15.4. bis 28.4.10 wird um Information zum Az 2010-00889; - 36 Errichtung einer Trafostation Netzersatzanlage, Tankcontainer, Dortustr. 46 gebeten.

zu 4.6 Bericht zum aktuellen Stand Bürgerbahnhof

Herr Goetzmann erläutert anhand des Planes die nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde und Unteren Denkmalschutzbehörde geänderte Zufahrtssituation, welche Konsens gefunden hat.

Im Augenblick laufen die Schlussverhandlungen zwischen der Stadt und dem Investor. Es ist davon auszugehen, dass kurzfristig die Beurkundung erfolgen, der Bauantrag gestellt und genehmigt werden kann. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit der Baumaßnahme zum Ende des Jahres begonnen werden kann.

Auf kurze Rückfragen geht Herr Goetzmann ein.

zu 4.7 Bericht zum Baubeginn Mangerstraße

Frau Woiwode (Verkehrsanlagen) informiert, dass die Anhörung in der Mangerstr. Anfang des Jahres vorgenommen worden ist. Die Ausschreibung erfolgt in der 17. Kalenderwoche; Submissionstermin ist der 9.6.10, so dass der früheste Baubeginn des 1. Bauabschnittes um den 30.7.2010 liegen wird.

Herr Goetzmann berichtet, dass in der STVV vergangene Woche ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden ist, welcher in der Sitzung kommende Woche auf der Tagesordnung des SB-Ausschusses steht. Parallel habe die Verwaltung eine Vorlage zu dieser Thematik für die STVV Juni 2010 auf den Weg gebracht, die den Ausschussmitgliedern aufgrund der Vorlaufzeiten zur Einreichung von Verwaltungsvorlagen noch nicht vorliegt. Aus dem Blickwinkel der Verwaltung ist es zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages in der nächsten Woche sinnvoll, wenn die Ausschussmitglieder auch die Argumente der Verwaltung kennen, um sie in die Betrachtung einbeziehen zu können. Die Ausschussbetreuerin wird den Ausschussmitgliedern die Vorlage im Vorgriff auf die STVV z.K. zumailen.

Auf die Nachfrage von Herrn Schütt zur Regenwassereinleitung äußert Frau Woiwode, dass das Regenwasser vom 1. BA Mangerstraße zur Zeit noch in den Heiligen See laufe.

zu 5 Sonstiges

Der Ausschussvorsitzende greift das Schrb. OBM an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte um Aufnahme der drei Beschlussvorlagen zur Änderung der Bebauungspläne „Friedrichspark“, Satzungsbeschluss (Ortsteile Marquardt, Satzkorn, Uetz-Paaren) in die Fachausschusssitzungen SB- und KOUL-Ausschuss auf. Der Bitte folgend wird die Ausschussbetreuerin die entsprechenden Drucksachen in die Nachtragstagesordnung für nächsten Dienstag aufnehmen und den SB-Ausschussmitgliedern zumailen.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass er und Herr Dr. Seidel in der Sitzung kommende Woche nicht da sein werden und schlägt vor, dass Frau Hüneke am 18.5.10 die Sitzungsleitung übernimmt. Frau Hüneke hat bereits ihre Zustimmung signalisiert.
Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung durch Kopfnicken.